

Schwere Aufgabe

Die neue Regierung hat die Kräftigung und Belebung der inneren Wirtschaft an die Spitze der Aufgaben gestellt, deren Erfüllung ihr Arbeitsplan in Aussicht nimmt. Gegen das kurze, aber inhaltsreiche Programm des neuen Kabinetts, dessen Mitglieder vollzählig auf der alten Ministerbank des Parlaments kaum Platz finden werden, läßt sich nichts einwenden; es will das Beste des Staates und aller Staatsbürger, nicht anders, als das Programm jeder vorangegangenen Regierung. Das definitive Ministerium Seidler besteht zum weitaus überwiegenden Teil aus bewährten Staatsbeamten; von den neuen Männern kommen zwei aus dem akademischen Beruf, der neue Ackerbauminister ist die einzige Persönlichkeit, die dem Kabinett einen politischen Einschlag geben könnte.

Die Sorgen, die in der Versorgung mit den notwendigsten Lebensbedürfnissen wurzeln, lasten im Augenblick am schwersten auf der Bevölkerung. An der Ernährungsfrage ist schon genug herumgedoktert worden, im allgemeinen wurden wir bisher mehr mit Verordnungen, als mit Lebensmitteln versehen. Wenn es der Regierung gelänge, hier Wandel zu schaffen, mit der ungarischen Regierung eine Ernährungsgemeinschaft der beiden Staaten der Monarchie zu vereinbaren, die gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung zu sichern und der Preisanarchie zu steuern, dann würde die abwartende Haltung, die man dem neuen Ministerium heute entgegenbringt, rasch einem starken und berechtigten Vertrauen, einer wahren Volkstümmlichkeit Platz machen. Der allgemeine Kurs, heißt es im Regierungsprogramm, soll keine Aenderung erfahren; im besonderen in der Frage der Deckung der notwendigsten Lebensbedürfnisse ist eine Aenderung des bisherigen Kurzes dringend geboten. Man kann einen Hausbau nicht mit dem Dach beginnen; was nützen die schönsten Vorzüge und Vorschläge zu einer „dem sozialpolitischen Empfinden der Zeit gerecht werdenden Entwicklung der allgemeinen Wohlfahrt“, wenn sie nicht bei dem Allernotwendigsten einsetzen, der Verhinderung der Sorge um das tägliche Brot!

Je länger der Krieg dauert, desto größer und schwieriger werden die wirtschaftlichen und finanziellen Aufgaben, die der Staat während des Krieges zu lösen hat und nach Friedensschluß zu lösen haben wird. Ungefähr spiegelt sich das in dem Budget, das dieser Tage im Reichsgesetzblatt veröffentlicht wurde, das aber nicht für das laufende, sondern für das abgelaufene Verwaltungsjahr gilt. In diesem nach rückwärts gewendeten Voranschlag klappt allerdings eine große Lücke, da er die eigentlichen Kriegsausgaben, den Quotenbeitrag Oesterreichs für die gemeinsame bewaffnete Macht nicht enthält; aber auch ohne diese Riesensummen zeigt das jüngste Budget, welche ungeheure Veränderung die Kriegswirtschaft im Staatshaushalt hervorgerufen hat. Das letzte ganzjährige Friedensbudget veranschlagte die Ausgaben mit 3137 Millionen Kronen, die bis auf einen Betrag von 180 Millionen in

normalen Einnahmen ihre Deckung fanden. Dem gegenüber weist das Budget für 1916/17 eine Ausgabensumme von 7232 Millionen auf, der an Einnahmen nur ein Betrag von 3887 Millionen gegenübersteht. Dabei ist, wie gesagt, auf die eigentlichen Kriegsausgaben nicht Rücksicht genommen. Aber schon die Unterhaltsbeiträge für die Familien der Einberufenen ließen das Ausgabenbudget des Landesverteidigungsministeriums von 109 auf 1778 Millionen anschwellen. Die Ausgaben des Eisenbahnministeriums stiegen um 287 Millionen. Im Budget des Finanzministeriums sind für den Wiederaufbau der durch den Krieg betroffenen Gebiete 150, für die Hilfeleistung zur Erleichterung der Lebensführung der mindestbemittelten Volksschichten 90, aus dem Titel der Kriegshilfsmassnahmen für Staatsbedienstete 243 Millionen eingestellt; und während der Dienst der Staatsschuld im letzten Friedensbudget nur 510 Millionen erforderte, ist das Erfordernis nun schon auf 1823 Millionen angewachsen. So ergibt denn der Staatsrechnungsabluß für das Verwaltungsjahr 1916/17 trotz der mit 750 Millionen veranschlagten Einnahmesteigerung einen Abgang von 3344 Millionen. Das Gesamterfordernis ohne die eigentlichen Kriegsausgaben ist um 230 Prozent größer als das des letzten Friedensbudgets, der Fehlbetrag übersteigt um 207 Millionen den Gesamteinnahmebetrag des letzten Friedens...

Große Posten des Budgets, die eine Folgewirkung des Krieges sind, werden im Frieden wegfallen, aber größere, wie die Ausgaben für die Invalidentherapie und die Unterstützung

beiträge für die Hinterbliebenen der Gefallenen, werden an ihre Stelle treten. Wenn das Programm der neuen Regierung von der Stabilität der Staatsfinanzen spricht, so muß ein Finanz- und Haushaltungsplan erwartet werden, der die Deckung der außerhalb des unmittelbaren Kriegsbudgets enorm wachsenden Ausgaben nicht in neuen Anleihebegehungen, sondern in einer weitgehenden Sparsamkeit, die ihre Grenzen nur in den Erfordernissen der Produktivität erblickt darf, und in einer außerordentlichen Steigerung der Staatseinnahmen sucht. Vor schweren Aufgaben steht die neue Regierung, vor weit schwereren noch die Bevölkerung.